Rechenbogen für die Beratungs- und Prozesskostenhilfe
zur Ermittlung des „einzusetzenden Einkommens“ nach § 115 Abs. 1 ZPO
i.V.m. der PKH-Bekanntmachung 2017 (BGBl. 2016, S. 2869)

1. Arbeitsschritt: Einkommen der/des Rechtsuchenden ermitteln

Achtung: Alle unregelmäßigen Leistungen - wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Versicherungsprämien, Mietnebenkosten - sind auf Durchschnitt pro Monat umzurechnen!

1.1 Arbeitseinkommen (gem. Lohnbescheinigung)
<i>incl. anteiligem Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Überstunden, VL-Leistungen</i>	EUR
1.2 Sozialleistungen (gem. Bewilligungsbescheid)
<i>wie Sozialrenten, Arbeitslosengeld, Wohngeld usw.; Kindergeld zählt grundsätzlich als Einkommen des Bezugsberechtigten - es sei denn, es wird an das (volljährige) Kind weitergeleitet. nicht: BVG-Grundrente, Leistungen der Pflegeversicherung, Mutter-Kind-Stiftung u.ä.</i>	EUR
1.3 Naturalleistungen, Zinseinkünfte und sonstiges Einkommen
<i>z.B. freie Kost, Gewinne aus Vermietung, Unterhaltsleistungen</i>	EUR
Einkommen:	<u>..... EUR</u>

2. Arbeitsschritt: Freibeträge/Abzüge vom Einkommen ermitteln

2.1 Lohn-/Einkommensteuer und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
(falls bei 1.1 Bruttoeinkünfte angesetzt werden)	EUR
2.2 Monatliche Prämien für Versicherungen, soweit angemessen
<i>insbesondere Privathaftpflicht-, Hausrat-, Berufsunfähigkeits-, Unfallversicherung, Sterbegeldversicherung, freiwillige Kranken- und Pflegeversicherung</i>	EUR
2.3 Mindesteigenbeitrag zur RIESTER-geförderten Altersvorsorge	EUR
2.4 Werbungskosten
<i>insbesondere Arbeitsmittel (mind. 5,20 EUR pauschal), doppelte Haushaltsführung, Kinderbetreuungsaufwand, Fahrtkosten (Monatskarte; bei „notwendigem“ PKW nur 5,20 EUR je Entfernungskilometer – aber strittig)</i>	EUR
2.5 Freibeträge nach § 115 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 ZPO	
2.5.1 Einkommensfreibetrag für Rechtsuchenden
<i>110% von Regelbedarfsstufe 1 – bis 31.12.2017 = 473 EUR</i>	EUR
2.5.2 zusätzlicher Freibetrag, falls Rechtsuchende/r erwerbstätig
<i>50% von Regelbedarfsstufe 1 – bis 31.12.2017 = 215 EUR</i>	EUR
2.5.3 Unterhaltsfreibetrag für Ehegatte/in oder Lebenspartner/in
<i>110% von Regelbedarfsstufe 1 – bis 31.12.2017 = 473 EUR</i>	EUR
2.5.4 Unterhaltsfreibetrag für jede erwachsene Person, der auf Grund gesetzlicher U-Pflicht Unterhalt geleistet wird
<i>110% von Regelbedarfsstufe 3 – bis 31.12.2017 = 377 EUR</i>	EUR
2.5.5 Unterhaltsfreibetrag für jeden Jugendlichen von 14 bis 17 Jahren, dem auf Grund gesetzlicher U-Pflicht Unterhalt geleistet wird
<i>110% von Regelbedarfsstufe 4 – bis 31.12.2017 = 359 EUR</i>	EUR
2.5.6 Unterhaltsfreibetrag für jedes Kind von 6 bis 13 Jahren, dem auf Grund gesetzlicher U-Pflicht Unterhalt geleistet wird
<i>110% von Regelbedarfsstufe 5 – bis 31.12.2017 = 333 EUR</i>	EUR
2.5.7 Unterhaltsfreibetrag für jedes Kind bis 5 Jahre, dem auf Grund gesetzlicher U-Pflicht Unterhalt geleistet wird
<i>110% von Regelbedarfsstufe 6 - bis 31.12.2017 = 272 EUR</i>	EUR

Achtung bei 2.5.3 bis 2.5.7:

- **Eigene Einkünfte**, die Ehegatte/Lebenspartner/Kind erzielen, sind zunächst zu bereinigen (siehe 2.1 bis 2.4 und 2.5.2) und anschließend vom Unterhaltsfreibetrag abzuziehen (ggf. „bis Null“!)
- **Erbringt der Rechtsuchende Unterhaltszahlungen**, sind die **Zahlbeträge** – soweit angemessen - statt der Freibeträge abzusetzen.

Übertrag: EUR

Übertrag: EUR

- 2.6 **Kosten der Unterkunft incl. Nebenkosten** (soweit nicht unangemessen) EUR
- 2.7 **Mehrbedarfe gem. § 21 SGB II und § 30 SGB XII** EUR
für Schwangere; Alleinerziehende; Senioren/Erwerbsunfähige mit Gehbehinderung/Behinderte; bei kostenaufwändiger Ernährung für Kranke, Genesende, Behinderte usw.; bei Erwerbstätigkeit trotz eingeschränkten Leistungsvermögens; bei Tätigkeit in Werkstatt für Behinderte
- 2.8 **Besondere Belastungen wie:**
- nach 2.5.5 bis 2.5.7 ungedeckter Bedarf für junge Unterhaltsberechtigte EUR
(i.d.R. 21,33 € je Schüler unter 18 Jahre zzgl. Mehraufwand für Gemeinschaftsverpflegung)
 - notwendige Fahrtkosten zur nächstgelegenen Schule EUR
 - Aufwendungen für Nachhilfe und außerschulische Lernförderung EUR
 - Monatsbelastung(en) aus Krediten, Abzahlungskäufen usw., soweit angemessen EUR
 - Arzt-, Zahnersatz-, Kurkosten EUR
 - Unterhaltsleistungen aufgrund sittlich-humanitärer Verpflichtung EUR
 - EUR
 - EUR
- Abzüge:** EUR

3. Arbeitsschritt: Einzusetzendes Einkommen errechnen

Einkommen (Ergebnis von 1.) EUR
 minus Abzüge (Ergebnis von 2.) - EUR

einzusetzendes Einkommen:	EUR
----------------------------------	------------

Ergebnis (bei Antragstellung ab 01.01.2014):

Bei einzusetzendem Einkommen **bis zu 19,99 EUR** erhalten Rechtsuchende:

- **Beratungshilfe** gegen 15 EUR Eigenbeteiligung sowie
- **Prozesskostenhilfe ohne Eigenleistung.**

Liegt das einzusetzende Einkommen **bei mind. 20 EUR**,

- scheidet **Beratungshilfe** aus!
- sind die **Prozesskosten in Raten** aufzubringen!

Die Monatsraten sind in Höhe **der Hälfte des einzusetzenden Einkommens festzusetzen**; die Monatsraten sind auf volle Euro abzurunden. Bei einem einzusetzenden Einkommen **von mehr als 600 EUR** beträgt die Monatsrate 300 EUR zuzüglich des Teils des einzusetzenden Einkommens, **der 600 EUR übersteigt.**

Es sind **maximal 48 Monatsraten** zu entrichten.
Die restlichen Prozesskosten werden erlassen!

Eine Anpassung der Ratenhöhe

an geänderte wirtschaftliche und/oder persönliche Verhältnisse sowie **Mitteilungspflichten** (z.B. bei Einkommensverbesserung von mehr als 100 EUR brutto und Anschriftenänderung) sind in § 120 a ZPO geregelt.

Ergebnis (bei Antragstellung bis Ende 2013):

- Die Einkommensgrenze für PKH ohne Eigenleistung lag bei nur 15 EUR.
- **Bei einem einzusetzenden Einkommen über 15 EUR, sind die Prozesskosten in Raten nach folgender Tabelle aufzubringen:**

Einzusetzendes Einkommen in EUR	Ergibt Monatsraten von EUR
bis 15	0
50	15
100	30
150	45
200	60
250	75
300	95
350	115
400	135
450	155
500	175
550	200
600	225
650	250
700	275
750	300
über 750	300 EUR plus der Betrag, um den das einzusetzende Einkommen die Grenze von 750 EUR übersteigt.